



Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 114/06/16

Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten.

Paul Claudel

WIRD NISCHENPRODUKTION FAIR BEZAHLT?

Jedes Mal wenn die Politik versagt gibt es jede Menge Ausreden und eine Fülle „guter“ Ratschläge und Appelle für die Bauernschaft. So auch jetzt zum Beispiel für die Milchbauern „doch in Nischenproduktion umzusteigen“. Denn wie vorteilhaft dies ist, zeige sich ja an der beachtlichen Erzeugerpreis-differenz zwischen BIO- bzw. Heu-Milch und konventioneller. Ganz abgesehen davon, dass Landwirtschaft nicht ein Wirtschaftszweig ist, den man auf Knopfdruck ändern kann, ergeben sich auch weitere grundsätzliche Fragen dazu.

Wie groß sind denn diese „Nischen“? Agrarlandesrat Max HIEGELSBERGER hat in der LK-Vollversammlung vom 15. Juni in Linz darauf hingewiesen, dass der BIO-Milchmarkt ein Exportmarkt sei. Das ist ein Markt auf Zeit, also nicht nachhaltig und nicht berechenbar. Keine günstige Ausgangsposition für krisengeschüttelte Betriebe, die Umstellen und neu investieren sollen. Gute Ratschläge und Empfehlungen, zehntausendfach umgesetzt, sind nämlich bis heute keine Erfolgsstory, trotz der Förderungen die solche Umstiege schmackhaft machen. Bäuerinnen und Bauern sind „gebrannte Kinder“.

Aber das ist ja nicht das Einzige was es zu bedenken gibt. Wie lange ist es denn her als der BIO-Zuschlag gerade einmal 3 bis 4 Cent betrug und in keiner Weise den Mehraufwand abdeckte? Wurde nicht schon BIO-Milch von Molkereien, ebenso wie konventionell erzeugte ge- und verkauft? Und ist der derzeitige „tolle“ BIO-Milcherzeugerpreis denn etwa höher als jener vor einigen Jahren, der als einigermaßen kostendeckend und fair angesehen und teilweise auch bezahlt wurde – aber für konventionell erzeugte Qualitätsmilch? Alles schon vergessen? Je mehr Nischenproduktion betreiben, desto kleiner werden die Nischen!

Noch eine Anmerkung: Da planten zwei BIO-Milchbetriebe im Bezirk Schärding einen Stallneubau, zwecks empfohlener Produktionssteigerung. Für die Inanspruchnahme entsprechender Förderungs-gelder ist ein Betriebskonzept erforderlich. Dieses muss die schriftliche Zusage enthalten, dass die Milch auch von einer Molkerei abgeholt wird, weshalb beide im November 2015 bei der Berglandmilch einen entsprechenden Antrag stellten. Der eine bekam sie im heurigen Frühjahr, der andere, zufällig ein bekannter UBVler, nicht. Doch das ist nicht der springende Punkt, denn im Ende Mai eingelangten Schreiben des Vorstandes heißt es, dass **„eine Abholung aus marktwirtschaftlichen Gründen abgelehnt wird“**. Aus „marktwirtschaftlichen Gründen“, wo es doch heißt, dass BIO-Milch gebraucht wird? Aber vielleicht kann die Frau KRⁱⁿ Margit MAYR-STEFFELDEMEL von der BB-Fraktion, die ja Sitz und Stimme im Vorstand hat, diesen Widerspruch aufklären?!

WIRD DIE LK VOM LAND „AUSGEHALTEN“ ?

Da gab es in der Vollversammlung der LK-OÖ vom 16. März heurigen Jahres von Präsident ÖR Franz REISECKER, der ja u.a. auch Vizepräsident der „LK-Österreich“ ist, folgende sehr nachdenklich stimmende Aussage: „Seit der letzten Wahl gab es auch Überlegungen, die berufliche Interessenvertretung der Landwirtschaft durch Bundesgesetz einzurichten, ähnlich wie Arbeiter- oder (Bundes) Wirtschaftskammer. Derzeit werden die Landes-Landwirtschaftskammern aus Landesmitteln relativ gut unterstützt. Wenn es eine gesetzliche berufliche Interessenvertretung auf Bundesebene gibt, ist die Frage, welchen Einfluss das auf Landesmittel hat.“ (Protokoll Seite 87). – Wie soll man dies verstehen? Heißt dies etwa, dass verfassungsrechtlich verankerte Landes-Landwirtschaftskammern, Institutionen öffentlichen Rechts mit weitgehenden Befugnissen, vom Land gesponsert, das heißt umgangssprachlich „ausgehalten“

werden? Um welche Gelder geht es denn hier eigentlich? Was sagen zu dieser Aussage die anderen Landtagsparteien? Hat denn die ÖVP im Landtag ein Finanzmonopol von Bregenz bis Eisenstadt? Neben einer Antwort auf diese Fragen geht es nach wie vor um Folgendes:

Als verfassungsmäßig legitimierte gesetzliche Interessenvertretung, haben sich diese neun Landes-Landwirtschaftskammern einen VEREIN der besonderen Art als Bundesdachorganisation gegeben. Einen Verein wie es keinen zweiten dieser Art gibt und der als solcher auch noch einer der vier Sozialpartner ist. Einen Verein bei dem Vorstand und Generalversammlung faktisch ident sind, der sich selbst kontrolliert, wo derselbe Personenkreis als Generalversammlung seine eigenen Vorstandsbeschlüsse absegnet und sich als „Überdrüber“ ausschließlich aus ÖVP-Granden zusammensetzt. In so einem Verein ist man natürlich ganz unter sich, wogegen es in den Landeskammern überall mehrere Fraktionen in deren Vollversammlung gibt. Der UBV ist entschlossen das Möglichste zu tun um diesen demokratiepolitisch unhaltbaren Zustand einer entsprechenden Reform zuzuführen.

Auch „konventionell“ ist höchste Qualität

Konventionell erzeugte Milch ist „Qualitätsmilch“ und zwar eine ganz exzellente. Darauf sei auch hier mit Nachdruck hingewiesen, nachdem ganz offensichtlich der Eindruck entstand, entstehen musste, Qualität fange erst bei BIO- und Heu-Milch an. Über Jahrzehnte hin haben die Milchbauern durch NICHT bezahlte zusätzliche Investitionen und Mehraufwand die stetig gesteigerten Qualitätsansprüche erfüllt, die heute Norm sind. UBV KRⁱⁿ Elfriede HEMETSBERGER hat unter hörbarer Zustimmung aller Fraktionen dies in ihrer Wortmeldung in der öö LK-Vollversammlung vom 15. Juni betont. Dass diese Qualitätsmilch, die etwa 75 % der gesamten Milchanlieferung umfasst, preislich zur Ramschware gemacht werden konnte ist unverantwortlich. Die Folgen auf der Erzeugerstufe unabsehbar. Daran ändern auch die bisherigen millionenschweren „Hilfspakete“ gar nichts.

Die Nische „Heumilch“

„Österreichische Heumilch ist das erste Lebensmittel im deutschsprachigen Raum, das mit g.t.s. – garantiert traditionelle Spezialität – ausgezeichnet wurde und erfährt damit einen besonderen Schutz. Dieses Siegel gewährleistet ein traditionelles Herstellungsverfahren eines Lebensmittels und ist die Bestätigung für die Arbeit unserer Heumilchbauern und -verarbeiter, die sich der ursprünglichsten Form der Milcherzeugung verschrieben haben“, schrieb der Obmann der ARGE Heumilch Österreich Karl NEUHOFER in der Raiffeisenzeitung vom 25. Mai 2016.

Minister RUPPRECHTER machte im selben Artikel unter „Sturm im Heumilchglas“ die folgende Aussage: **„Die Heumilch ist das beste Beispiel dafür, dass sich Qualität auszahlt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Produkte wie die Heumilch eine echte Chance für die Bäuerinnen und Bauern.“** – Ist dies die richtige Wortwahl im Hinblick auf das vorher Erwähnte? Fördert dies nicht Fehlinterpretationen hinsichtlich Qualität?

Fremdbestimmung – nein danke!

Als der damalige oberösterreichische ÖVP-Wirtschaftslandesrat Dr. Christoph LEITL erstmalig für die Funktion des Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer kandidierte, machte er klar, dass er in dieser kein Nationalratsmandat mehr annehmen werde, um nicht dem Clubzwang zu unterliegen. Weil seiner Überzeugung nach eine gesetzliche Berufs/Interessenvertretung parteiunabhängig agieren müsse, forderte LEITL seine Kollegen Präsidenten in der Sozialpartnerschaft zur Niederlegung ihrer Nationalratsmandate auf. Nicht gerade begeistert kamen die anderen drei dieser Forderung nach.

Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Entpolitisierung – zur Selbstbestimmung – der beruflichen Interessenvertretungen vollzogen. Ausgerechnet der derzeitige Präsident der LK-Österreich, Ing. Hermann SCHULTES, verschließt sich dieser fundamental wichtigen richtigen Erkenntnis und sitzt wieder – wie selbstverständlich – als ÖVP-Nationalrat im Parlament. Dies geschieht mit der Begründung „damit könne die Agrarpolitik im Interesse der Bauernschaft beeinflusst werden“. Den Beweis dafür ist allen NR SCHULTES bis heute schuldig geblieben. Ja im Gegenteil: der Eindruck, die Überzeugung ist gereift, dass alles gerade umgekehrt abläuft. Dies zeigte sich u.a. bei der neuen Einheitswertfeststellung und bei TTIP, wo er ebenfalls **entgegen der mehrheitlichen Meinung der Bäuerinnen und Bauern**, der Öffentlichkeit über die Medien ausrichten lässt, dass die Landwirtschaft dieses Freihandelsabkommen, ebenso wie sein Parteiobmann, begrüßt.

BURGENLAND:

ENTEIGNUNG AUFGEHOBEN!

2014 wurde das Straßenstück „Umfahrung Schützen am Gebirge“ im Bezirk Eisenstadt unter Mitwirkung von viel Politprominenz feierlich eröffnet. Anfangs Mai 2016 wurde offenkundig, dass der Verwaltungsgerichtshof schon im Feber die wasserrechtliche Bewilligung für das 5,2 Kilometer lange Straßenstück aufgehoben hatte. Sperre der Straße gab es jedoch keine. Wie auch erst später bekannt wurde, hat der Verwaltungsgerichtshof auch die Bescheide zur Enteignung „im öffentlichen Interesse benötigter Grundstücke“ wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben.

Auf Grund entsprechender Hartnäckigkeit der überregionalen Plattform „**Pro Region Neusiedlersee**“ bis hin zum Europäischen Gerichtshof, bekommen nun die 29 betroffenen Grundstückseigentümer ihren Besitz zurück. Der Verwaltungsgerichtshof hat auch klar ausgeführt, dass die Trassenverordnung der Landesregierung nicht anwendbar ist.

Dank dieser hartnäckigen Initiative der „Plattform“ hat das Höchstgericht damit klargestellt, dass über verfassungsmäßig geschützte Rechte nicht einfach „politisch drübergefahren“ werden kann. Diese Grundeigentümer können auch nicht mehr enteignet werden, wodurch sich nach Aufhebung der Enteignungsbescheide der höchst kuriose Fall ergibt, dass sich diese Umfahrung de jure auf Privatgrund befindet. Der Betreiber sei aber nach wie vor das Land, ob eine Rückabwicklung gefordert wird hängt davon ab, ob das Land bereit ist Haftungsrisiken zu übernehmen. – Für die Grundeigentümer ist klar, dass ein ordentlich abgewickelter Verfahren dauern wird und der Verkehr solange auf dieser nicht genehmigten Umfahrungsstraße sofort eingestellt werden muss.

Frage: Hat die Rechtsabteilung des Landes die zuständigen Politiker auf die rechtliche Situation denn nicht aufmerksam gemacht? Oder hat man etwa dies alles negiert unter der Annahme: „WIR BESCHLIESSEN DIES ALLES, BAUEN DAS STRASSENSTÜCK und stellen ALLE Betroffenen EINFACH VOR VOLLENDETE TATSACHEN“. Es wäre dies ja nicht das erste Mal.

VEGETATIONSVORSPRUNG UND FROSTNÄCHTE

Durch den milden Winter war heuer die Vegetation gegenüber einem „Normaljahr“ (langjährigen Durchschnitt) um 14 Tage voraus. Dieser Vorsprung machte die Pflanzen noch empfindlicher gegen die drei katastrophalen Frostnächte in den letzten Apriltagen. Laut Erhebungen der burgenländischen Landwirtschaftskammer sind 45 % der Weingartenflächen, 70 % der Obstkulturen sowie noch andere Spezialkulturen wie Grünspargel, Zuckermais, Frühkartoffel, Kürbis und Erdbeeren durch den Frost schwer geschädigt. Das Schadensausmaß liegt bei einem Produktionswert von 70 Millionen Euro, bei der Wertschöpfung seien es sogar 150 Mio. Euro.

Nur ein Teil der Schäden ist durch Versicherungen einigermaßen gedeckt. Von 14.000 Hektar Weingärten sind es gerade 4.000 Hektar. Im Obstbau ist kaum jemand versichert. Denn eine Versicherung gibt es erst seit einem Jahr. Im Übrigen sind die Prämien beim Kernobst sehr hoch. Optisch haben sich die betroffenen Kulturen wieder erholt. Das wirkliche Ausmaß der Schäden wird sich erst nach Abschluss der Ernten zeigen. Von der Politik ist als kleiner Trost Hilfe in Aussicht gestellt worden.

Doch bei den Spätfrostschäden allein blieb es leider nicht. Zum Monatswechsel Mai/Juni wurde auch das Burgenland von der Unwetterfront mit Sturm, Hagel, Starkregen, Hochwasser und Überschwemmungen erfasst. Die Landwirtschaft ist dadurch neuerlich von massiven Schäden betroffen, deren finanzielles Ausmaß noch nicht feststeht. Als ob der existenzbedrohende Verfall der wesentlichen agrarischen Erzeugerpreise allein nicht schon schlimm genug ist, wird die Landwirtschaft jetzt schon über Jahre hin durch Witterungsextreme schwer geprüft. Womit der Beweis geliefert ist, **dass gerade die Landwirtschaft wegen ihrer unvermeidbaren Wetterabhängigkeit kein Wirtschaftszweig wie jeder andere ist.** Dennoch können sich viele Bäuerinnen und Bauern des Eindrucks nicht erwehren, dass dies alles die hohe Politik, die zwar das Wetter nicht ändern, aber sehr wohl bauernfreundliche Rahmenbedingungen schaffen kann, gefühlsmäßig und spürbar kaum beeinträchtigt und nur oberflächlich beschäftigt. Selbst der stete, ALLEN schadende Dezimierungsprozess der bäuerlichen Betriebe, heißt weiterhin „gesunder, natürlicher Strukturwandel“. Hin zur industrialisierten Landwirtschaft?

SALZBURG:

DIE „UNVORHERSEHBARE“ MILCHKRISE?

„Durch die Abschaffung des Milchkontingentes würden sich Österreichs Milchbauern 45 Mio. Euro an Strafzahlungen wegen Überlieferung ihrer Milchkontingente ersparen.“ Dies war ein immer wieder vorgebrachtes Argument der Bauernbundführung, um den Milchbauern den Ausstieg vom scheinbar wirkungslos gewordenen Milchkontingent plausibel und schmackhaft zu machen. Um der Wahrheit die Ehre zu geben ist dem hinzuzufügen, dass es auch etliche „Fortschrittsbetriebe“ gab, die schon bisher ganz bewusst überlieferten und ein Ende der Kontingentierung herbeisehnten.

Nun glaubten viele Milchkuhbetriebe an das Märchen vom grenzenlos freien Markt, „mit all seinen Chancen“ – und fingen an ihre Milchproduktion enorm zu steigern. Auch in mehreren Staaten vor allem im Norden der EU. Das Resultat dieses, im Hinblick auf die Konsequenzen unbedachten Handelns, ist ein Verfall der Milcherzeugerpreise um 10 Cent je Liter und mehr. Aus Sicht dessen was gerade die Bauernbundführung stets predigte, nämlich „dass allein der Markt den Preis bestimmt“, war die anfangs erwähnte Argumentation der BB-Führung ebenso verantwortungslos, wie der Appell der Molkereien zur Produktionssteigerung.

Die Konsequenz ist ein Einkommensverlust von bisher mindestens 300 Mio. Euro für ALLE Milcherzeuger. Dadurch zahlen aber wieder – wie einst beim freiwilligen Lieferverzicht – auch jene genauso die Zeche, die sich nicht am „Wettmelken“ beteiligten und vorausschauend mit ihrer Liefermenge am Boden der Realität blieben. Sie sind Opfer eines verantwortungslosen Tuns ihrer eigenen Berufskollegen auch in den Vorständen und Aufsichtsräten der Genossenschaftsmolkereien. Die Politik war erfolgreich in der Spaltung der Milchbauernschaft mit derzeit noch gar nicht absehbaren Folgen.

Arm sind jene, die Investitionen machten?

Kann es sein, dass ich da etwas falsch verstanden habe? Laut AMA und Bauernbundspitze „sind besonders jene Bauern/Bäuerinnen arm, welche eine Zukunft ohne ihre Nachbarn geplant haben. **Die in überdimensionierte Ställe investierten**, ohne dafür die notwendigen Flächen und das nötige Eigenkapital zu haben“. Dabei haben sie doch ihrer Interessenvertretung, der Landwirtschaftskammer, das richtige, zukunftssträchtige Betriebskonzept vorgelegt, erst auf Grund dessen sie als förderungswürdig anerkannt wurden! – „Nutznießer der Milch(preis)krise seien nun jene Milchbauern/-bäuerinnen, die ohne größere Investitionen Milch erzeugen.“ Also just jene, die NICHT der Argumentation ihrer Vertreter vertrauten, die in der Öffentlichkeit vielfach als Realitätsverweigerer abgestempelt wurden, weil sie NICHT die Vorteile eines „freien“ Welthandels und die Notwendigkeit von Exporten (um jeden Preis) durch weitere Produktionssteigerung erkennen würden. Gerade sie seien also nun die Nutznießer an der Milchkrise? „SIE, die genauso vom Milchpreisverfall mitbetroffen sind und jetzt auch um den Erhalt ihres Betriebes, ihrer beruflichen Existenzgrundlage kämpfen müssen?“

Bei solchen Wortmeldungen verschlägt es mir die Sprache und man fängt an über die Sinnhaftigkeit der Mitarbeit in bestimmten Gremien nachzudenken. Heute so, morgen ganz anders, Spielball und Spielwiese für die Politik und dies alles unter dem Motto: „Nachhaltigkeit, Planbarkeit, Verlässlichkeit und Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft!“

„Wer mehr produziere als verbraucht wird...“

... **der brauche sich nicht wundern, wenn der Preis ins Bodenlose verfällt.**“ Diese Aussage tätigte nicht ein UBVler, kein Vertreter der IG-Milch, sondern ein Südtiroler Molkereimanager im Fernsehen. Und er fügte hinzu, „dass die Milchbauern schleunigst die Milchproduktion drosseln müssten, wolle man einen weiteren derartigen Preisverfall verhindern“. Eine Aussage, der sich jetzt erst, immer mehr Molkereifunktionäre und niedere BB-Funktionäre, die den Kontakt zu den Praktizierenden noch nicht ganz verloren haben, anschließen. Führende Verantwortungsträger wie zum Beispiel der deutsche Landwirtschaftsminister, aber auch unsere agrarischen Verantwortungsträger, wie Landwirtschaftsminister RUPPRECHTER oder BB-Präsident NR Jakob AUER, halten von dieser Strategie gar nichts, initiieren stattdessen kaum wirksame „Hilfspakete“.

Das große, überaus finanzstarke Deutschland beschloss auf dem jüngst abgehaltenen „Milchgipfel“ ein Hilfspaket von 100 Mio. Euro innerhalb der nächsten fünf Jahre, für seine rund 70.000 Milchbauern. Das sind runde 1.400 Euro je Betrieb. Eine tolle Leistung, eine echte Hilfe? Fachleute haben errechnet, dass der durchschnittliche deutsche Milchbetrieb allein durch den Preissturz derzeit einen **monatlichen Verlust von rund 1.500 Euro erleidet, das sind allein je Monat 105 Millionen Euro.** Diese Relationen muss man sehen, wenn man von einem Hilfspaket spricht und schreibt, das effizient, also tatsächlich wirksam sein soll. Das makabre an diesem „Milchgipfel“ war, dass keine Ländervertreter dazu eingeladen wurden, die schon im Vorfeld eine Milchmengenreduzierung forderten (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Sachsen-Anhalt), was sich so gar nicht mit der Vorstellung des Landwirtschaftsministers Christian SCHMIDT vereinbaren ließe.

Die hohe Politik zeigt sich gegenüber der Realität kaum beeindruckt, obwohl zum Beispiel Christoph Robert LUTZE vom BDM erklärte: **„Wir gehen davon aus, dass ein Viertel der über 4.000 Betriebe in Schleswig-Holstein bis Ende des Jahres aufgeben muss.“** (Unabhängige Bauernstimme 6/2016) – Und diese Betriebe sind im Durchschnitt viel größer als unsere.

Notlüge oder bewusste Desinformation?

Das Wettmelken der Milchbauern nimmt kein Ende. Wie man mir berichtet liefern Milchbauern um bis zu 20 % Milch mehr, die Molkereien ersaufen in Milch, die Milchsammelwägen sind total überlastet. Tennengaus Milchbauern liefern um 17 Prozent mehr an ihre Molkerei usw. – Demgegenüber präsentierte unser LK-Präsident NR ESSL beim „Pinzgauer Kammertreffen“ die Milchanlieferungsdaten vom Land Salzburg bis heurigen Mai. Und siehe da, laut AMA, die ja die Daten von den Molkereien geliefert bekommt, haben die Salzburger Milchbauern nur um 2,5 Prozent mehr Milch angeliefert als im Vorjahr. Bei gentechnikfreier Milch waren es sogar nur um 1,5 Prozent mehr.

Da kenne sich noch irgendjemand aus. Denn unsere Molkereimanager erklären doch bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass sie mit der prognostizierten Mehrmenge von 2,5 Prozent keinerlei Probleme hätten, aber die Milchbauern liefern um Vieles mehr. Laut AMA-Diagramm gibt es also gar keine Milchkrise, keine überschwappende Mehranlieferung. Wer kennt sich da noch aus? Schönfärberei oder bewusste Desinformation? Mit statistischem Zahlenmaterial wurde ja schon seit jeher Missbrauch getrieben und der Ausspruch des einstigen englischen Premierministers Winston CHURCHILL: „Ich glaube nur jener Statistik, die ich selbst gefälscht habe“, ist bis heute ein gern gebrauchtes Zitat. – Die heimischen Milchbauern müssten sich wieder einmal Gedanken darüber machen, ob sie hier neuerlich – wieder einmal – für dumm verkauft werden. Es passt doch gar nichts zusammen!

REGISTRIERKASSEN FÜR ALMBAUERN

Es ginge ja auch anders, nämlich durch praxistaugliche – praktikable – Regelungen, damit könnten auch die Almbauern leben. Aber nein, alles nur das nicht, und so gerät die derzeitige Registrierkassenpflicht zu einem Schuss ins eigene Knie, in diesem Fall des Finanzministers SCHELLING. Unsere Regierungsspezialisten, die gemeinsam bei der jüngsten Bundespräsidentenwahl gerade noch 22 Prozent der Stimmen bekamen, schlittern von einem Fettnäpfchen ins andere. Gelernt haben sie aus dem Wahldebakel offensichtlich nichts. Anstatt ihre beschlossenen Blödheiten bei der Steuerreform durch praktikable Lösungen zu ersetzen – und für die Almbauern Klarheit zu schaffen, eiern sie solange herum bis sich niemand mehr auskennt. Und als Folge davon sieht sich ein Almbauer nach dem anderen zur Aufgabe bewirtschafteter Almen veranlasst.

Mein großer Dank zum Thema Registrierkassen gilt dem GRUBER Rudi, von mir immer nur als der KASRUDI benannt. Er brachte die Lungauer Almbauern im Ridingtal so weit, dass sie sich standhaft weigerten, bei der offiziellen Eröffnung der Almsaison im Juni, ihre Hütten aufzusperren. Durch diese Einigkeit – Solidarität – und Standhaftigkeit dieser Almbauern gegenüber den Überredungskünsten von Bürgermeister, Fremdenverkehrsverband und der hohen Politik, scheint der Herr Finanzminister nun doch noch einmal gesprächsbereit zu sein. Widerstand, Rückgrat und Standfestigkeit haben sich anscheinend wieder einmal gelohnt. Noch aber gilt es abzuwarten, ob es sich vielleicht doch wieder nur um leere Versprechen seitens der Politik handelte.

WIR ANTWORTEN AUF LESERBRIEF...

... der „Kuchler Stammtisch“ mit SCHÖNAUER Josef, RAMSI Kaspar, WEISS Stefan, Ortsbauernobmann ESSL Georg u. a. – 5431 Kuchl, Unterlangenberg 80, Telefon 0664 5144596.

Der Leserbrief von Herrn Karl WILHELMSTÄTTER mit dem Titel „**Staat ist die Melkkuh der Landwirte**“, löste innerhalb der Bauernschaft großen Unmut aus. Wir antworten darauf, denn so kann man dieses Geschriebene nicht stehen lassen. Es scheint, dass der Artikelschreiber gute Kenntnisse über die angeblichen Steuervorteile und Fördersysteme der Bauern besitzt. Umso verwunderlicher ist für uns, wie einseitig diese Zahlen von ihm dargestellt werden. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass bei Herrn WILHELMSTÄTTER eine gewisse Abneigung gegenüber der Berufsgruppe Bauern/Bäuerinnen besteht, die ihn zu diesem Leserbrief veranlasste.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass nur wenige Bäuerinnen und Bauern mit diesem „Einkommenssystem“ über Ausgleichszahlungen glücklich sind und sich stattdessen schon lange faire, kostengerechte Erzeugerpreise wünschen. Herr WILHELMSTÄTTER schreibt, dass sich die Einnahmen aus Förderungen je Bauer/Bäuerin auf jährlich 24.800 Euro belaufen. Laut Grüner Bericht wurden 2013 durchschnittlich 18.000 Euro je Betrieb ausbezahlt, wobei 33,9 % der Betriebe weniger als 2.500 Euro und 20 % weniger als 5.000 Euro erhielten. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen einschließlich der Ausgleichszahlungen betrug je Arbeitskraft bei den Salzburger Bauern 13.037 Euro, wobei anzumerken ist, dass im Land Salzburg die meisten Betriebe im Nebenerwerb und somit offiziell nur von EINEM Betriebsführer bzw. Betriebsführerin geführt werden.

WILHELMSTÄTTER schreibt auch, dass 3,8 Milliarden an öffentlichen Geldern in den österreichischen Agrarsektor fließen. Gleichzeitig verschweigt er aber, dass diese Gelder für die nächsten fünf Jahre bestimmt sind, jährlich also nur 760 Mio. Euro dorthin gehen. In diesen 760 Millionen Euro sind aber nicht nur die Ausgleichszahlungen enthalten, sondern darüber hinaus wandert ein nicht geringer Teil in die „Ländliche Entwicklung“ und kommt somit der Gesamtbevölkerung zugute. (Es ist überaus kritikwürdig, dass seit eh und je unter „Agrarförderungen“ Beträge subsummiert werden, die überhaupt nicht der Bauernschaft zugute kommen). Verschwiegen wird von ihm auch, dass das gesamte Fördervolumen jährlich etwa 40 Milliarden Euro ausmacht und somit der Anteil, der in die Landwirtschaft fließt, gemessen an den Leistungen welche die bäuerlichen Familien für die Öffentlichkeit erbringen, bescheiden ausfällt. Dennoch wird gerade die Landwirtschaft hinsichtlich öffentlichen Zuwendungen immer wieder besonders erwähnt, gleichsam an den Pranger gestellt.

WILHELMSTÄTTER behauptet auch, dass dem Bund durch die landwirtschaftliche Pauschalierung für Klein- und Mittelbetriebe Millionen Euro an Steuergeldern verloren gehen. Wir sagen, gestützt auf das vorerwähnte offizielle Zahlenmaterial, dass sich der Finanzminister eben durch diese Pauschalierung einen enormen Arbeitsaufwand, sich damit viel Geld erspart, das er nie und nimmer an Steuern hereinbekäme. Pauschlierte Betriebe zahlen zwar wenig Steuern, können sich aber auch keine Umsatzsteuer zurückholen, die bei Investitionen in jährlicher Milliardenhöhe schon ins Gewicht fallen. Auch dürfte Herr WILHELMSTÄTTER entgangen sein, dass die 50 Mio. Euro Mineralölsteuer-Rückvergütung beim Agrardiesel ebenso schon seit Jahren wegfallen, wie die Steuerbefreiung beim Grundverkauf. Auch die angeblichen Vorteile der Landwirtschaft bei der KFZ-Steuerbefreiung von 110 Mio. Euro sind für uns nicht nachvollziehbar.

Aus „sanfter Landung“ wurde Bruchlandung

Schreibtischtäter auch aus Österreich, die regelmäßig in Brüssel zusammenkommen, haben unter anderem mit dem Auslaufen der Milchquoten statt der fest versprochenen „sanften Landung“, eine katastrophale Bruchlandung hingelegt. Aussagen unserer Agrarpolitiker „neue Märkte würden die zu erwartende Mehrproduktion aufsaugen“, haben ebenso zur derzeitigen katastrophalen Lage am Milchsektor beigetragen. Keine all jener Prognosen, die zur Änderung der EU-Agrarpolitik und der Auflösung bisheriger Marktinstrumente führten, sind eingetroffen, sie alle haben sich NICHT bewahrheitet. Durch die aktuelle Preispolitik des Handels – und der Molkereien – scheint die Talfahrt der Erzeugerpreise noch nicht beendet zu sein. Viel zu spät einigen sich die Experten auf: „Wir müssen die Milchmenge in den Griff bekommen.“ Völlig uneins sind sie sich über das WIE.

SIMON KLAUSNER

STEIERMARK

VERNICHTENDE BB-AGRARPOLITIK

„Wir bestimmen die Agrarpolitik, wir sind die einzigen maßgeblichen Vertreter der heimischen Bauernschaft.“ So und so ähnlich klingt es aus der führenden Funktionärsschicht des Bauernbundes, wenn sich kritische Geister bei berufsständischen Veranstaltungen zu Wort melden. OK – und somit tragen SIE und zwar ganz allein SIE die Verantwortung für das Ergebnis dieser IHRER Agrarpolitik. Die Analyse lautet nicht nur für mich:

Die verantwortliche BB-Führung ist mit ihrem Latein am Ende. Die Bauernopfer sind nicht mehr zählbar, tausende Betriebe wurden und werden am Altar blinder EU-Hörigkeit geopfert. Das Ergebnis des „Milchgipfels“ vom 14. Juni 2016 zeigt den absolut fehlenden Willen eine konstruktive, zukunfts-trächtige Bauernpolitik – auch EU-weit – durchzusetzen.

Gerade deshalb, weil der Bauernbund in acht von neun Bundesländern den für die Agrarpolitik verantwortlichen Landesrat stellt, weil ER darüber hinaus in allen Bundesländern den LK-Präsidenten stellt und geradezu weil der Bauernbund seit 1986 durchgehend den Landwirtschaftsminister nominiert und besetzt, ist das Arbeitsergebnis dieser Bauernbundführung für die Bauernschaft – die ländliche Bevölkerung – vernichtend. Denn, noch nie war das Bauernsterben so groß, so schnell und so todsicher wie jetzt! Die Agrarpolitik des Bauernbundes in den letzten Jahren ist das Schrecklichste, was den Bäuerinnen und Bauern passieren konnte. Es ist höchste Zeit den Wandel einzuleiten.

Milchgipfel bringt nur Almosen!

Die Ergebnisse des jüngsten „Milchgipfels“ sind eine Schande für all jene, die berechtigterweise eine konstruktive, lösungsorientierte und berechenbare Agrarpolitik einfordern. Was hier beschlossen wurde, ist im Grunde genommen eine Verhöhnung des Bauernstandes. Der Erlass von im Durchschnitt 2.000 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen je Betrieb – einmalig – ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, dessen es zumindest als Lösungsansatz bedurft hätte. Ob es aber dazu überhaupt kommt ist mehr als fraglich, da die SPÖ von dieser Mini-Hilfsmaßnahme nichts hält.

Nüchtern betrachtet ist festzuhalten: Der derzeitige Verlust eines Milchbauern, der 100.000 kg Milch liefert (durchschnittliche Milchanlieferung) bei einem Erzeugerpreis von derzeit 29 Cent je kg gegenüber einem einigermaßen fairen Milchgeld von 41 bis 45 Cent, beträgt im Jahr 12.000 bis 16.000 Euro. Wenn man nun den Bauern im Schnitt 2.000 Euro an SVB-Beiträgen – für ein einziges Quartal – erlässt, so ist das schäbig, ein Almosen. Das ist nicht einmal die sprichwörtlich „schöne Leich“. Die Stundung von fälligen Kreditrückzahlungen ändert rein gar nichts am Grundproblem. **Die politischen Rahmenbedingungen passen für die Bauern-Unternehmen vorne und hinten nicht!**

JOHANN ILSINGER

Von realitätsfremd bis Totengräber

Spitzenvertreter des Bauernbundes kassieren in ihren Funktionen Monatsgagen von 10.000 bis 15.000 Euro und manchmal mehr. Das ist in einem Monat mehr, als bäuerliche Betriebe im ganzen Jahr erwirtschaften – und das 14-mal. Können solche Bestverdiener überhaupt noch einen verständnisvollen Bezug zu den existenzbedrohlichen Sorgen und Nöten „ihrer“ Bäuerinnen und Bauern haben? Sie, die finanziell ausgesorgt haben?

Weil innerhalb des Bauernbundes reine Obrigkeitgläubigkeit herrscht, alles was von „oben“ kommt letztlich widerspruchslos geschluckt wird – egal ob von Brüssel oder Wien – muckst auch kein einziger vom Bauernbund auf, wenn Minister RUPPRECHTER erklärt „er sei gegen ein Marktregulativ auf EU-Ebene“. Betretenes Schweigen, der in der eigenen Stube laut polternden Agrarlandesräte, wenn sie Farbe bekennen sollten. Dies ist der größte Verrat an einer Berufsgruppe in der Zweiten Republik und hat dazu geführt, dass innerhalb von nur 20 Jahren nach EU-Beitritt 30 Prozent der kleinen und mittleren bäuerlichen Unternehmen – ganz offensichtlich gewollt – dem Strukturwandel geopfert wurden. Die Agrarpolitik zwang sie zur Aufgabe, nicht eigenes Unvermögen.

Deshalb muss dieses absolute Bauernbundregime auf Ebene der berufsständischen Interessenvertretung weg. Es muss ersetzt werden durch ehrliche, authentische und parteipolitisch unabhängige Mandat-tare, die offensiv die Anliegen und Positionen unserer Bäuerinnen und Bauern und jene des ländlichen Raumes gegenüber jeder Regierung und der Öffentlichkeit, nachdrücklichst und unbeirrt vertreten.

Die Raiffeisen-Genossenschafter in den Molkereien haben – wenn auch spät – erkannt, dass dieser schrankenlose Marktliberalismus alles Gewachsene vernichtet, was den weltweit vernetzten Konzernen im Wege steht. Marktliberalismus ohne faire Spielregeln ist das Todesurteil für die gesamte bäuerliche Landwirtschaft. Hier mit frommen Sprüchen zu argumentieren, von Durchtauchen und man müsse eben jetzt „innovativ sein“ zu reden, ist pure Realitätsverweigerung.

Auch Schweine- und Obstbauern in Not

Den Schweine- und Obstbauern geht es um keinen Deut besser als den Milchbauern. (Die Getreidebauern sagen schon gar nichts mehr). Sie alle kämpfen nun schon seit Jahren mit unregulierten Märkten, ungleichem Wettbewerb mit Preisverfall und unfairen Rahmenbedingungen. Dazu kommt heuer der katastrophale Spätfrost. Außer großen Versprechungen ist bei den Betroffenen noch nichts angekommen. Bei der Bemessung der Schäden durch LK-Angestellte werden betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbare „Hausnummern“ genannt.

Da muss man sich als Bäuerin, als Bauer gefrotzelt fühlen. Der Eindruck verstärkt sich, dass keine Parlamentspartei, so wie es eigentlich das geltende Landwirtschafts-Gesetz verlangt, jetzt für die Landwirtschaft auf die Barrikaden steigt. **Denn Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung heißt es dort.** Nur vor Wahlen ist die Bauernschaft gefragt, gleichsam nur „Stimmvieh“.

Alles BIO als Ausweg?

Es gibt nicht Wenige, die das immer wieder hinausposaunen. Einmal ganz abgesehen davon, dass dies praktisch nicht möglich ist, aber ist dann BIO noch eine Nische mit einigermaßen fairen Erzeugerpreisen? Wird dann nicht zur Norm, was heute noch eine Spezialität ist? Bedenkt man nicht, dass man mit dieser Forderung auch noch auf unsachlichste und unverschämteste Art und Weise die qualitativ hochwertige Grundnahrungsmittel erzeugende konventionelle Landwirtschaft diskriminiert? Es ist gefährlich und unverantwortlich die Erzeugerpreise aus konventionellen Erzeugnissen verfallen zu lassen, weil damit über kurz oder lang auch die „Spezialitäten“ ins Trudeln geraten. Jede Nische hat nur einen begrenzten, einen beschränkten Absatz – und davon profitiert man. Das sei all jenen immer wieder gesagt, welche möglichst **allen** den Umstieg dringend empfehlen, sei es nun BIO oder Heumilch als Beispiel. Man sollte sich auch daran erinnern, dass mitunter gerade jene, die sich jetzt als BIO-Lobbyisten geben, vor noch nicht all zu langer Zeit BIO alles andere als begrüßt und gefördert haben.

Fragen an die Hauptverantwortlichen

Herr Bundesminister RUPPRECHTER, Herr LK-Präsident NR SCHULTES und Herr BB-Präsident NR AUER: „Wie lange wollen Sie noch ohne effiziente Maßnahmen, Reformen, der katastrophalen Entwicklung in der Landwirtschaft zuschauen? Wie lange wollen Sie noch achselzuckend akzeptieren, dass die Bauernschaft hinsichtlich Arbeitseinkommen diskriminiert, jährlich tausende Arbeitsplätze geopfert werden und – entgegen allen Versprechen – dem massiven Höfesterben nicht Einhalt geboten wird? Agrarpolitik kann man doch ändern, oder? Warum nicht? Sie sitzen doch an den Hebeln der Macht, oder etwa nicht? Es wäre lobenswert, wenn Sie Ihre Funktionen, Ihr Amt niederlegen und den Hut nehmen, wenn Sie Ihre gegebenen Versprechen nicht umsetzen können! Oder sind Sie da anderer Meinung?“

JOSEF KALTENEGGER (GENO)

FROSTSCHÄDEN UND SCHADENSCHÄTZUNG

Wie allgemein bekannt hat Ende April ein Spätfrosteinbruch in der Steiermark, Schäden in bisher unbekanntem Ausmaß verursacht. Das Ausmaß von Frost, Schneefall, Hagel und Starkregen ist für die Landwirtschaft eine echte Katastrophe. Neben der Obst- und der Weinwirtschaft sind davon speziell auch der Gemüsebau, Erdbeerkulturen und der Kürbisanbau betroffen.

Es war der 27. April an dem ich noch nie so viele Bauern zwischen 2 Uhr nachts und 7 Uhr morgens auf den Straßen und Feldern begegnet bin. Besorgt und gezeichnet vom Ausmaß der Schäden und ganz in Gedanken wie dies wohl weitergeht. Wie wird die Zukunft? Was wird geschehen? Können wir betrieblich überhaupt noch weitermachen? Das sind ja alles Spezialbetriebe, total spezialisiert wie empfohlen und nun ist ihr Ein und Alles für heuer total vernichtet. Kein Einkommen, aber fixe Ausgaben! Das erlittene Schadensausmaß war noch am selben Tag um 9 Uhr zu erfahren. Tolle Ermittlungsarbeit!! Wenige Stunden später setzte massiver Schneefall ein, einige Kulturen hielten

dem Druck nicht stand und gingen zu Boden, etliche Hagelnetzkonstruktionen waren dafür nicht berechnet. Drei Tage dauerten die extrem tiefen Temperaturen an. Für mich als größtem Obstbauer (40 ha) mit 57 nicht mehr unerfahren, ist es unerklärlich, wie man nach diesen Frostnächten so schnell das Schadensausmaß feststellen kann.

Diese Schadensermittlung ist inakzeptabel

Bauernbund und Landwirtschaftskammer setzten sich für ein rasches Hilfspaket ein. Mit dem Finanzministerium wurde verhandelt und man kam sehr schnell auf eine Entschädigungssumme. Letztlich wurde der Katastrophenschaden auch noch von der Versicherung geschätzt und bewertet. Entscheidend für mich ist, wie dieser Katastrophenschaden ermittelt wurde und das ist meines Erachtens inakzeptabel. Denn Bauernbund und Landwirtschaftskammer verwendeten folgende Berechnungsbasis: Durchschnittlicher Ertrag in Kilo der letzten fünf Jahre X Durchschnittspreis im selben Zeitraum ergibt jene Summe von der in Prozenten die Entnahme aus dem Katastrophenfonds errechnet wird. Es sind dies, wie man ausverhandelte, 30 Prozent. BB und LK sprechen von einer raschen und großen Hilfe, doch in der Wirklichkeit werden die Betroffenen in einem Katastrophenfall in ihrer Not weitestgehend allein gelassen.

Auch der UBV-Steiermark legte schon wenige Tage nach dieser Katastrophe seine Schadensschätzung vor. Er kam auf ein Schadensausmaß, das insgesamt zwischen 700 und 1.000 Millionen Euro liegt. Eine gewaltige Summe, doch heute wissen wir, dass diese der Realität am nächsten kam. Der tatsächliche Schaden ist nämlich wesentlich höher als jener, den BB, LK und Versicherung schätzten. Der UBV hat nämlich nicht nur den Schaden an den Kulturen, sondern auch jenen für die nachgelagerten Betriebe des ländlichen Raumes mitgeschätzt. Denn bei Obst/Wein gibt es ja heuer hier keine Ernte. Noch eine Hiobsbotschaft kommt auf die Betriebe zu und zwar eine Deckelung der Auszahlung mit 70.000 Euro je Obstbaubetrieb. Damit wird den spezialisierten Vollerwerbsbetrieben, den Zukunftsbetrieben wie sie genannt werden, völlig unzureichend geholfen. Wie heißt es doch so wahr: „Eine Katastrophe kommt selten allein.“

Betreffend Schadensfeststellung vertritt der UBV die Auffassung, dass hier BB und LK mit ihrer Berechnung betriebswirtschaftlich völlig daneben liegen. Für den UBV muss das betriebswirtschaftliche Berechnungsmodell für die hundertprozentig frostgeschädigten Betriebe in der Landwirtschaft wie folgt aussehen:

Durchschnittsertrag der letzten 5 Jahre x Durchschnittspreis detto + Produktionsaufwand. Dazu eine Beispielrechnung: Durchschnittsertrag 50.000 kg – Durchschnittspreis 35 Cent ergibt einen Ertragsausfall von 17.500 Euro + Aufwand 7.000 Euro = Gesamtverlust 24.500 Euro. Davon aus dem Katastrophenfonds 30 Prozent ergibt 7.350 Euro/ha. (Das gleiche Rechenbeispiel lässt sich auch bei einem 50%igen Ernteausfall anwenden.)

JOHANN HERBST

NIEDERÖSTERREICH:

VOM EINHEITSWERT ZUM „EINHEIZWERT“

Vor einigen Wochen wurde uns der neue Einheitswertbescheid zugestellt. So wie bei vielen unserer Berufskollegen kam es auch bei uns zu einer massiven Erhöhung des landforstwirtschaftlichen Einheitswertes. Obwohl sich die Bewirtschaftungsverhältnisse in unserem Bergbauernbetrieb seit der letzten Hauptfeststellung vor zig Jahren nur unwesentlich verändert haben, wurde der Einheitswert in Summe um mehr als 100 Prozent angehoben. Während der landwirtschaftliche Hektarsatz um rund 18 % erhöht wurde, stieg der forstwirtschaftliche Hektarsatz gleich auf den dreifachen Wert, nämlich von 91,20 Euro auf 289,90 Euro an.

Für uns ist eine derartige Anhebung des Einheitswertes völlig unverständlich und indiskutabel, weil diese in keiner Weise die Ertragslage unseres Betriebes wiedergibt. Unsere Waldbestände sind allesamt jung, das heißt nicht hiebreif und die Bringung ist insgesamt ausgesprochen schwierig. Gerade diese wurde aber im neuen EW-Bescheid als die günstigste von drei Kategorien beurteilt, was nachweislich nicht der Realität entspricht. Um zu verhindern, dass diese extreme Erhöhung des Hektarsatzes tatsächlich zum Tragen kommt, haben wir unverzüglich Beschwerde gegen diesen Bescheid eingelegt.

Es ist allgemein bekannt, dass der Verfassungsgerichtshof eine, an die realistische Einkommenssituation in der Landwirtschaft angepasste, Neubewertung der Einheitswerte forderte. Von einer generellen Anhebung der Einheitswerte, wie diese mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen wurde (Anhebung des Hektarhöchstsatzes), war nie die Rede. Mehr als kritikwürdig in diesem Zusammenhang ist die Positionierung der höchsten bäuerlicher Vertreter, der Kammerpräsidenten als Interessenvertreter des Berufsstandes. IHRE Vorschläge zur Hauptfeststellung der Einheitswerte – die dann beschlossen wurden – entsprechen keineswegs den Erwartungen der Bäuerinnen und Bauern und stehen außerdem in Widerspruch zu den nach wie vor geltenden Bewertungsgesetzen. **Demnach ist der Einheitswert ein Ertragswert – der 18-fache Reinertrag – den ein schuldenfreier Betrieb auf Fremdlohnbasis im Durchschnitt der Jahre nachhaltig erwirtschaften kann.**

BÄUERINNEN UND BAUERN VERGESST DIES NIE!

Am 8. März 2012 haben alle neun Kammerpräsidenten zur bevorstehenden neuen Hauptfeststellung der Einheitswerte ein – von ihnen eigenhändig unterschriebenes – Positionspapier als Vorschlag der gesetzlichen Interessenvertretung vorgelegt. Es ist meines Erachtens davon auszugehen, dass dieses Papier und die darin enthaltenen brisanten Vorschläge nur den Wenigsten bekannt sind. Daraus im Nachfolgenden etliche „Grundsätze“:

- ◆ **Einheitswertsumme Landwirtschaft mindestens 100 % zu derzeit.**
- ◆ **Einheitswertsumme in der Forstwirtschaft etwas höher.**
- ◆ **Berücksichtigung der öffentlichen Gelder der 1. Säule.**
- ◆ **Höhere Gewichtung der Viehzuschläge.**

Es möge sich jeder über unsere derzeitige Interessenvertretung ein eigenes Urteil bilden.

ERICH ZAHNT

VORTRAGSREIHE ZUM THEMA EINHEITSWERTE

Die neuen land-/forstwirtschaftlichen Einheitswerte sind nicht nur ein Thema für alle bäuerlichen Betriebsführer, sondern auch von besonderer Bedeutung. Einheitswerterhöhung nach fünfjährigen Einkommensverlusten im Besonderen. Deshalb hat der UBV heuer in NÖ eine Vortragsreihe gestartet, die überall sehr gut besucht war.

Nach zwei Vorträgen im Waldviertel und einem in Biberbach im Mostviertel, gehalten von KR Manfred MUHR aus Kärnten, folgten noch zwei weitere mit KR Klaus WIMMESBERGER aus Oberösterreich. Diese fanden in Randegg im Mostviertel und in Altpölla im Waldviertel statt. Das Interesse war groß und dementsprechend die Anfragen und Diskussionen vielfältig, was bewiesen hat, dass das richtige Thema gewählt wurde.

Verwundert waren fast alle Besucher, als der kaum bekannte „Vorschlag der Landwirtschaft zur Einheitswert-Hauptfeststellung 2014“ zur Sprache kam. Unterschrieben von allen LK-Präsidenten, in der BB-Führung ausgearbeitet. Es ist ja nicht üblich, **dass die eigene berufsständische Interessenvertretung Vorschläge ausarbeitet, die zwangsläufig zu EW-Erhöhen und folglich Einkommensminderungen führen.** Die markantesten Punkte sind oben schon angeführt wobei zum Vorschlag „die Einheitswertsumme Landwirtschaft mindestens in der bisherigen Gesamthöhe zu erhalten“ allein schon eine Gesetzesverletzung darstellt, weil dies mit festzustellenden Ertragswerten gar nichts mehr zu tun hat. Des Weiteren müssen sich Bäuerinnen und Bauern da im Klaren sein, dass sie damit im Grunde genommen sämtliche Flächenverluste an landwirtschaftlichen Nutzgründen, die verbaut, versiegelt, verpflastert wurden, mitzubezahlen haben.

Die Vortragenden konnten sehr viele wichtige, interessante Informationen weitergeben und haben die Fragen aus dem Publikum äußerst kompetent beantwortet. Das positive Echo darauf zeigte sich durch Neubeitritte zum UBV an Ort und Stelle. – Eigentlich müsste ja ein Sturm der Entrüstung in der gesamten Bauernschaft losbrechen, dass nicht böse andere, sondern die eigene Bauernvertretung solche Vorschläge unterbreitet hat.

ALOIS FRÖSCHL

PODIUMSDISKUSSION ZU TTIP UND CETA

Am 9. Juni wurde in Marbach an der Donau über die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada ausführlich diskutiert. Das unabhängige Organisationskomitee hatte für das Podium breit gefächert eingeladen: Leo STEINBICHLER (Team Stronach), Dr. Franz SINABELL (WIFO), Udo LANDBAUER (FPÖ), Bgm. Herbert THUMPSENER (SPÖ), DI Georg MAYER (AK), DI Georg STRASSER (ÖVP), Dr. Wolfgang PIRKLHUBER (Grüne), Biobauer Gottfried LEITNER, Gebietsbäuerin Cornelia BAUMGARTNER (BB), KR Manfred MITMASSER (FB/UBV). Als Moderator führte Franz WIESBAUER gekonnt durch den langen Abend. Die Podiumsteilnehmer hatten jeweils fünf Minuten für ein Statement zum Thema aus ihrer Sicht.

Während STRASSER (man braucht neben regionalen Betrieben auch globalen Handel) und SINABELL (Handel bringt Wohlstand – mehr Handel bedeutet mehr Wohlstand), bemüht waren positive Auswirkungen von TTIP und CETA hervorzuheben, wiesen die anderen Fachleute am Podium auf die vielen Schwächen und negativen Auswirkungen dieser Abkommen hin.

MITMASSER zeigte die schwierige Lage der Landwirtschaft auf und dass es wichtiger denn je ist, sich mit den Konsumenten zu verbünden, die genauso wie die Bauernschaft Verlierer dieses Freihandels sein werden. BAUMGARTNER würde sich eine Entwicklung weg von der Machtwirtschaft und hin zur Marktwirtschaft sowie eine Trockenlegung der Steueroasen wünschen. Dies würde den größten wirtschaftlichen Aufschwung seit den 1950er Jahren bringen. – LEITNER beleuchtete die Rolle der USA, Deutschlands und Russlands in der Weltpolitik und die Ursachen der globalen Fehlentwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten. – Dr. PIRKLHUBER präsentierte das Ergebnis einer Umfrage, wonach Zweidrittel der Bauernschaft gegen TTIP sind – und dies aus gutem Grund. Denn im Gegenzug zu den Erleichterungen bei Industrieexporten, soll der Import von Agrarprodukten kräftig gesteigert werden. – MAYER sagte, TTIP könnte uns eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 0,5% in 10 Jahren bringen. – THUMPSENER ist einer der sechs Bürgermeister, welche die Unterschriftenaktion gegen TTIP, CETA und TISA für ein Volksbegehren eingeleitet haben. Bis 29. Juli 2016 sollen mehr als 8.000 Unterstützungserklärungen gesammelt werden. – LANDBAUER betonte, dass die Strukturen in Nordamerika nicht mit jenen in Europa – und hier besonders mit Österreich – vergleichbar sind. – STEINBICHLER wies auch hier mit Nachdruck darauf hin, dass in immer mehr Produkten in den Regalen der Supermärkte Palmöl enthalten ist, das die heimischen Fette und Öle verdrängt hat. **Regionalisierung ist für die Menschen, Globalisierung für die Konzerne.**

In der Diskussion waren durchwegs Wortmeldungen zu hören, die sich eindeutig und begründet gegen die Unterzeichnung der Freihandelsabkommen richteten. Die knapp 400 Besucher sprechen sowohl für die Aktualität des Themas als auch für die gute Vorbereitung dieser Podiumsdiskussion durch Fritz GILLINGER, Manfred MITMASSER und weiteren.

Diese Veranstaltung wurde von OKITALK (www.okitalk.com) live und weltweit übertragen, via Internet. Im Archiv von OKITALK kann diese Veranstaltung sicher noch einige Zeit nachgehört werden.

ALOIS FRÖSCHL

BBK-VOLLVERSAMMLUNG SCHEIBBS VOM 3.3.2016

Die Listengemeinschaft FB/UBV brachte insgesamt fünf Anträge ein, davon vier „Dringliche“. Im „Normal“-Antrag ging es um das, für bäuerliche Betriebe existenzgefährdende TTIP und die Aufforderung an die Vollversammlung dieses Abkommen deshalb abzulehnen. Die „Dringlichen“ beinhalteten: Aufschiebung der neuen Einheitswerte in die SVB-Beitragsberechnung. – Forderung nach einer Volksabstimmung betreffend TTIP. – Ein Hilfspaket für rinderhaltende Betriebe aus ÖPUL-Überschüssen. – Abbau der Bürokratie, vereinfachte Verfahren für Investitionen unter 100.000 Euro. Alle Anträge wurden zur weiteren Behandlung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

OBERÖSTERREICH:

BESONDERE AUSSAGEN – LK-VOLLVERSAMMLUNG VOM 16.3.

Auch wenn das Protokoll jeder Vollversammlung auf der Homepage nachzulesen ist, diesmal 100 Seiten, erscheint es sinnvoll und notwendig auf jene „Besonderheiten“ in den Diskussionen hinzuweisen, die durchaus auch von „bleibendem“ Interesse sind.

◆ „**Der BIO-Milch-Markt ist ein Exportmarkt** wo sehr viel nach Deutschland, Frankreich, Italien, England und den USA exportiert wird. Gerti BRABMANN von BIO-Austria sagt öffentlich, es sei Vorsicht beim Einstieg bei BIO geboten, weil man nicht weiß wie sich die Märkte entwickeln.“ (Agrarlandesrat Max HIEGELSBERGER)

◆ „**Frau HEMETSBERGER hat darauf hingewiesen, dass konventionelle Milch Qualitätsmilch ist.** Es geht darum den Konsumenten aufzuzeigen, auf welch hohem Niveau wir unsere Qualitätsmilch erzeugen. Dieses Niveau wird künftig wohl noch steigen.“ (KRⁱⁿ Margit MAYR-STEFFEL-DEMEL – Vorstandsmitglied der Bergland Molkerei)

◆ „Die Präsidentenkonferenz ist in der Generalversammlung nur von den LK-Präsidenten und einem Vertreter des Raiffeisenverbandes besetzt. **Diese 10 Personen sind die Vollversammlung der Präsidentenkonferenz.**

Der Leistungsausschuss wird von der SVB-Wien bestellt und hat mit einem Wahlergebnis in einem Bundesland direkt nichts zu tun. Es ist Sache des SVB-Vorstandes, diese Gremien zu stellen.“

Auf die Frage von KR Klaus WIMMESBERGER, **ob denn jetzt erlaubt ist Lebensmittel unter dem Einstandspreis zu verkaufen.** – „Es geht um die Umsetzung der aufgezeigten Anliegen. Die aktuelle Rechtslage wird nochmals geprüft. (Anm. der Redaktion: Das frühere allgemeine Verbot des §3a Nahversorgungs-Gesetz wurde 1990 aufgehoben.) Derzeit KANN in Einzelfällen ein Verkauf unter dem Einstandspreis, unter Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, kartellrechtlich unzulässig sein.“ (Anm. UBV: KANN – ansonsten ist Preisdumping erlaubt?)

Auf die Anfrage von KR Clemens STAMMLER, wenn es um Einsparungen geht, dann interessieren mich die 1,354 Mio. Euro, die die öö LK an die LK-Österreich bezahlt. – „Die LK-Österreich ist im Vergleich zu den anderen Sozialpartnern ganz sparsam aufgestellt. (Anm.: Sie ist nur ein Verein!) Wir haben hier nicht mehr als 65 Mitarbeiter für all jene Aufgaben, die die LK-Österreich zu bewältigen hat, auch auf EU-Ebene.“

„**Seit der letzten Wahl gibt es auch Überlegungen die berufliche Interessenvertretung der Landwirtschaft durch Bundesgesetz einzurichten, ähnlich wie Arbeiter- oder Wirtschaftskammer.** Derzeit werden die Landes-Landwirtschaftskammern aus Landesmitteln relativ gut unterstützt. Wenn es eine gesetzliche berufliche Interessenvertretung auf Bundesebene gibt, ist die Frage, welchen Einfluss das auf Landesmittel hat.“ (Alles Aussagen von LK Präs. Franz REISECKER)

◆ „**Eine Studie der BOKU besagt, dass die jetzt durchgeführte Hauptfeststellung der Einheitswerte auch nicht besser als vorher die tatsächliche Situation auf den Höfen abbildet.**“ (KR Clemens STAMMLER)

◆ „Es ist eine der wesentlichsten Errungenschaften in letzter Zeit, dass wir den neuen Einheitswert als Basis für viele Dinge haben und dass wir eine Pauschalierung haben, die auf dem EW basiert. Das schafft die Möglichkeit auch auf pauschalem Wege die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Mit Anträgen wie dem des UBV, der dort von zu berücksichtigenden Einkommensschwankungen spricht, hinterfragen wir das ganze Einheitswertsystem und das pauschalierte System. Ebenso verhält es sich mit dem Verweis auf irgenwelche Studien.“ (Vizepräsident Karl GRABMAYR)

Teilnehmer am BIO-Ausschuss bitte melden

Gemäß Beschluss des UBV-Vorstandes soll auch ein BIO-Ausschuss ins Leben gerufen werden. Interessierte mögen sich bitte melden bei: Karl KETTER, St. Florian/Inn, Telefon 0676 358 97 41.

Sieben UBV-Anträge zur Vollversammlung

Vier davon wurden von der Vollversammlung am 15. Juni angenommen, drei abgelehnt. Bei letzteren ging es um folgende Anträge:

- ◆ Die Vollversammlung fordert den öö Landtag auf, den Pflegeregress abzuschaffen. Bei der derzeitigen Gesetzeslage kommt es immer wieder vor, dass vor allem die finanziell schwächere Gesellschaft zur Kasse gebeten wird.
- ◆ Die Vollversammlung fordert den öö Landtag auf, die Dienststellenleiter in den verbleibenden Bezirksbauernkammern nur mehr an Personen mit juristischer Ausbildung zu vergeben.
- ◆ Die Vollversammlung fordert die ÖVP/FPÖ Landesregierung auf, den Zinsendienst von Krediten land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in OÖ – welche betrieblichen Zwecken dienen, auf Grund der Agrarkrise zu übernehmen.